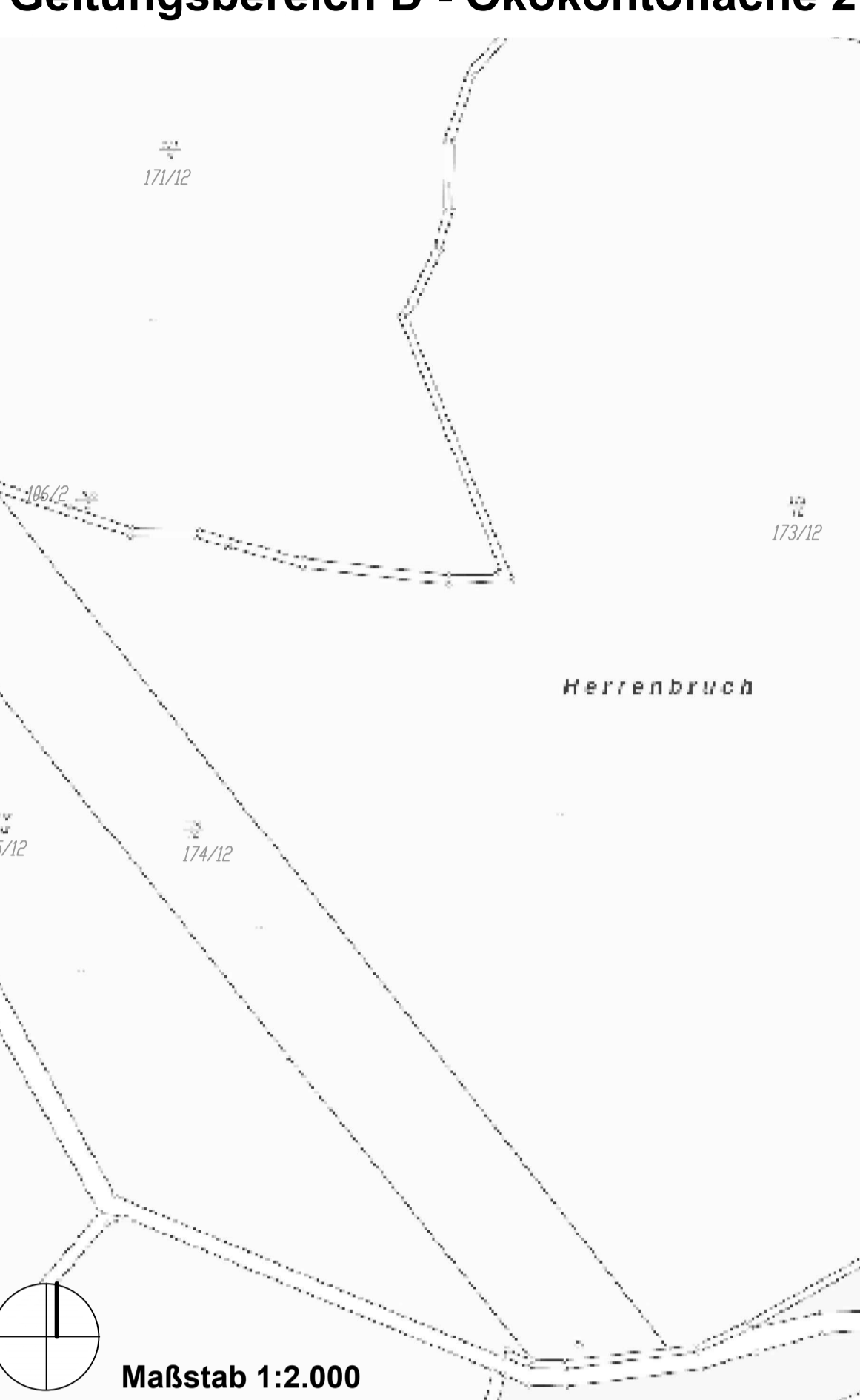


Geltungsbereich D - Ökokontofläche 2



D. Hinweise

[illegible]

Verfahrensweise (StBGr) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. II S. 2416), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung

Verfahrensweise über die bauliche Nutzung der Grundstücke (StBGr) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1980 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Artikel 2 der Fassung vom 1. Juni 2013 (BGBl. II S. 1548)

Verfahrensweise über die Aufarbeitung der Baugestaltung und die Darstellung des Plansatzes (Planr) 60 in der Fassung vom 1. Dezember 1990 (BGBl. I S. 91) zuletzt geändert durch Artikel 2 der Fassung vom 27. Juli 2015 (BGBl. I S. 1509, 1610)

Verfahrensweise (StBGr) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 2011 (GVBl. II S. 45, 160) zuletzt geändert durch Artikel 40 des Gesetzes vom 13. Dezember 2012 (GVBl. II S. 82)

Verfahrensvermerke

Katasteridentifizierungssystem

Die Planzeichnung wurde auf der Grundlage des Amtlichen Lageverzeichnisses der Gemeinden sowie der Heftischen Verzeichnisse für Bodennutzungen und Geokoordinaten erstellt. An den zur Verfügung gestellten Daten wurden durch die

Die Hersteller haben hinsichtlich der Höhe folgende Mindestbestimmungen zu erfüllen:

- bei Gebäuden mit einer Decken- oder Wandhöhe über 1,5 m mit Deflektorstäube, die Deflektorhöhe nach § 3 mit einer Deflektorhöhe.

Zusätzlich sind die Hersteller verpflichtet, die folgenden Anforderungen zu berücksichtigen:

- bei Gebäuden mit einer Decken- oder Wandhöhe über 1,5 m mit Deflektorhöhe, die Deflektorhöhe nach § 3 mit einer Deflektorhöhe.

Zusätzlich sind die Hersteller verpflichtet, die folgenden Anforderungen zu berücksichtigen:

- bei Gebäuden mit einer Decken- oder Wandhöhe über 1,5 m mit Deflektorhöhe, die Deflektorhöhe nach § 3 mit einer Deflektorhöhe.

Auftraggeber: **Landkreis Garmisch-Partenkirchen**

Die Aufstellung des Bebauungsplans wurde gemäß § 2 (1) BauOg durchgeführt. Das Beschlussdatum des Gemeinderates vom 29.07.2013 ergiebt. Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 (1) BauOg am 29.07.2013 öffentlich bekanntgegeben.

Erzielte Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden:

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauOg erfolgte in der Zeit vom 19.08.2013 bis einschließlich 20.03.2014. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden nach § 3 (1) BauOg mit Schreiben vom 13.02.2014 von der Planung unterrichtet und bis Freitag bis zum 22.03.2014 zur Stellungnahme aufgefordert.

Öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden:

Nach Prüfung der vorgelegten Anregungen und Bedenken und Hinweise der Bürger und sonstigen Träger öffentlicher Belange in Folge der frühzeitigen Beteiligung am 08.07.2014 (BauOg) hat der Gemeinderat am 13.10.2014 das Ende der Bebauungsplans und der Begründung zusammen mit seiner öffentlichen Auslegung gem. § 2 (1) BauOg beschlossen.

Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 (1) BauOg am 29.07.2013 öffentlich bekanntgegeben. Der Aufstellungsbeschluss nach § 2 (1) BauOg wurde am 29.07.2013 öffentlich bekanntgegeben. Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 (1) BauOg am 29.07.2013 öffentlich bekanntgegeben.

zugelassen werden, wenn durch Sachverständigen Gutachten der Nachweis erbracht werden kann, dass unter Luft-Wärmeempfindliche Immissionsrichtwerte der TA-Lärm im Einwirkungsbereich eingehalten werden können.

Schumpen dürfen keine bis hin zu unzulässiger oder störfähige Geräusche erzeugen.

Dampfen- und Speisewirtschaften des Geräuschklasse II gemäß VDI Richtlinie 3708: Schallstufen bei Gasdichtungs-Erzeugung des Gases zulässig. Der lautliche Schallcharakter der Schorn- und Speisewirtschaften hat mindestens die Qualität der Geräuschklasse II zu genügen

Zwischenräume der Geräuschklasse II (Gasströmungsbereiche auch mit 22,0 U/h) im Plangiebel haben zu Fenster einer Mindestabstand von 28 m und Klaffrahmenabstände einen Abstand von 32 m aufzuweisen.

Setzungsbefehl

Nach Fassung des Beschlusses über die eingetragenen Besetzungen und Anregungen hat die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am _____ den Besatzungsplan gemäß § 10 (1) BauG in die Satzung beschlossen und die Begründung wie folgt:

Gründau, den _____

Bürgermeister

Ausfertigungsbefehl

Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieses Besatzungsplanes - zeichnerischer und textlicher Teil - mit den hierzu ergriffenen Beschlüssen der Gemeindevertreter und der Gemeinderäte der Gemeinde Gründau übereinstimmt. Das Besatzungsverfahren wurde nach den gesetzlichen Vorschriften durchgeführt.

Gründau, den _____

Bürgermeister

Bahnunterführungs-Kraft-Toten gem. § 10 (3) BauG

Der Besatzungsplan des abgesetzten Untergangsbereichs am _____
Der Besatzungsplan wurde damit rechtskräftig.

Gründau, den _____

Bürgermeister



Einrichtungen durch Licht sind helle, weit reichende künstliche Lichtquellen, Flackerlicht, sowie der Einsatz von bewegtem Licht unzulässig.

geleuchtet werden sollten, sind Scheinwerfer mit asymmetrischer Lichtverteilung zu verwenden, die oberhalb von 1,50 m (b) kein Licht abgeben.

Die festgestellten Ergebnisse werden, ist das weitere Vorgehen mit der zuständigen Bodenschutzbehörde, Regierungspräsidium und Umwelt, Dezernat 41.1 abzustimmen, ggf. sind Sicherheitsvorkehrungen und weitere Untersuchungen zu veranlassen.

id, Biomasse (z. B. Holz)) sind, wo dieses sinnvoll möglich ist, einzusetzen. Die Dächer der Gebäude sind so zu planen, dass der früheste Zeitpunkt der Einsatz von Sonnenkollektoren zum Zwecke der Strom- bzw. Warmwasserezeugung möglich ist.

gestellte, bei der auch der Bebauungsplan eingesehen werden kann, zu jedermann Einsicht dauerhaft bereit

Verfahrensweise (StBGr) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. II S. 2416), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung

Verfahrensweise über die bauliche Nutzung der Grundstücke (StBGr) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1980 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Artikel 2 der Fassung vom 1. Juni 2013 (BGBl. II S. 1548)

Verfahrensweise über die Aufarbeitung der Baugestaltung und die Darstellung des Plansatzes (Planr) 60 in der Fassung vom 1. Dezember 1990 (BGBl. II S. 91) zuletzt geändert durch Artikel 2 der Fassung vom 27. Juli 2015 (BGBl. II S. 1509, 1610)

Verfahrensweise (StBGr) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 2011 (GVBl. II S. 45, 160) zuletzt geändert durch Artikel 40 des Gesetzes vom 13. Dezember 2012 (GVBl. II S. 82)

Verfahrensvermerke

Katasteridentifizierungssystem

Die Planzeichnung wurde auf der Grundlage des Amtlichen Lageverzeichnisses der Gemeinden sowie der Heftischen Verzeichnisse für Bodennutzungen und Geokoordinaten erstellt. An den zur Verfügung gestellten Daten wurden durch die

Auftraggeber: **Landkreis Garmisch-Partenkirchen**

Die Aufstellung des Bebauungsplans wurde gemäß § 2 (1) BauOg durchgeführt. Das Beschlussdatum des Gemeinderates vom 29.07.2013 ergiebt. Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 (1) BauOg am 29.07.2013 öffentlich bekanntgegeben.

Erzielte Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden:

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauOg erfolgte in der Zeit vom 19.08.2013 bis einschließlich 20.03.2014. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden nach § 3 (1) BauOg mit Schreiben vom 13.02.2014 von der Planung unterrichtet und bis Freitag bis zum 22.03.2014 zur Stellungnahme aufgefordert.

Öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden:

Nach Prüfung der vorgelegten Anregungen und Bedenken und Hinweise der Bürger und sonstigen Träger öffentlicher Belange in Folge der frühzeitigen Beteiligung am 08.07.2014 (BauOg) hat der Gemeinderat am 13.10.2014 das Ende der Bebauungsplans und der Begründung zusammen mit seiner öffentlichen Auslegung gem. § 2 (1) BauOg beschlossen.

Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 (1) BauOg am 29.07.2013 öffentlich bekanntgegeben. Der Aufstellungsbeschluss nach § 2 (1) BauOg wurde am 29.07.2013 öffentlich bekanntgegeben. Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 (1) BauOg am 29.07.2013 öffentlich bekanntgegeben.

Satzungsbeschluss

Nach Fassung des Beschlusses über die eingegangenen Bedenken und Anregungen hat die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am _____ den Bebauungsplan gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen und der Begründung zugestimmt.

Gründau, den _____

Bürgermeister

Ausfertigungswerk

Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieses Bebauungsplanes - zeichnerischer und textlicher Teil - mit den hierzu eingegangenen Bedenken, dem Gemeinderatsrats und der Gemeindevertretung der Gemeinde Gründau übereinstimmt. Das Bebauungsplanverfahren wurde nach den gesetzlichen Vorschriften durchgeführt.

Gründau, den _____

Bekanntmachung in Kraft-Treten gem. § 10 (3) BauGB

Der Bebauungsplan wurde ordentlich bekanntgemacht am _____

Der Bebauungsplan wurde damit rechtskräftig am _____

Gründe, den _____

Bürgermeister



Genombert, maissaidios

Gemeinde Grundau


Am Bürgerzentrum 1
63584 Grundau

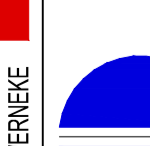
Satzung
Bebauungsplan "Lange Rainshöhle"

Stand: 07.03.2016

Planungsgemeinschaft
Architektur + Landschaft

Friedrichstraße 35
63450 Hanau am Main
Telefon: (068181) 934216
Telefax: (068181) 934217

 KLAUS HEIM

 RALF FRIEDRICH